

Frau
amtsführende Stadträtin
der Geschäftsgruppe
Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales
und Digitales
Landeshauptmann-Stellvertreterin
Barbara Novak, MA

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Abgeordneten Hannes Taborsky (ÖVP), Harald Zierfuß (ÖVP), Mag. Caroline Hungerländer, MSc (ÖVP), Sabine Keri (ÖVP) und Lorenz Mayer (ÖVP) an Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales Landeshauptmann-Stellvertreterin Barbara Novak, MA für den Landtag am 26.06.2026.

Einhaltung des Stabilitätspaktes

Laut Voranschlag der Stadt Wien ist für das Jahr 2026 ein negativer Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von rund 2,63 Mrd. Euro vorgesehen. Auch der vorliegende Finanzrahmen weist für das Jahr 2027 weiterhin ein hohes Defizit von rund 2,29 Mrd. Euro aus. Diese Werte liegen deutlich über den im österreichischen Stabilitätspakt für Wien vorgesehenen Zielwerten. Laut Anfragebeantwortung von LH-Stellvertreterin Barbara Novak vom 5. März 2026 betragen diese Zielwerte rund 1,315 Mrd. Euro für das Jahr 2026 und rund 961 Mio. Euro für das Jahr 2027.

Besorgniserregend ist dabei insbesondere die Entwicklung der operativen Gebarung. Während die Stadt Wien im Jahr 2022 noch einen positiven Geldfluss aus der operativen Gebarung in Höhe von rund 1,34 Mrd. Euro verzeichnete, lag dieser laut Rechnungsabschluss 2025 bereits bei minus 408 Mio. Euro. Für das Jahr 2026 wird laut Voranschlag eine weitere Verschlechterung auf minus 712 Mio. Euro erwartet. Damit sinkt die Fähigkeit der Stadt, laufende Ausgaben, Investitionen und finanzielle Verpflichtungen aus eigener Kraft zu finanzieren.

Eine nachhaltige Haushaltsführung erfordert daher eine schrittweise Rückführung des Defizits, die Einhaltung der stabilitätspolitischen Zielwerte sowie eine stärkere Priorisierung bei Ausgaben und Investitionen. Die Einhaltung der gesamtstaatlichen Fiskalziele sollte nicht davon abhängig sein, dass andere Gebietskörperschaften bessere Ergebnisse erzielen und dadurch Zielverfehlungen einzelner Länder ausgeglichen werden.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Wiener Landtages folgenden

Beschlussantrag:

Der Landtag möge beschließen:

Der Wiener Landtag spricht sich für die Einhaltung der Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspaktes durch Wien aus und ersucht die amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales, Vizebürgermeisterin Barbara Novak, sowohl im Vollzug des Haushaltsjahres 2026 als auch bei der Erstellung des Voranschlags 2027 geeignete Maßnahmen zur Erreichung der für Wien vorgesehenen Zielwerte zu setzen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

26.06.2026

